

Rote Fahnen und schwarze Madonna

Revolution und Räterepubliken an Salzach und Inn

FLORIAN SCHWANNINGER

Die Geschehnisse rund um Revolution und Räterepublik im benachbarten Bayern vor 100 Jahren sind in Österreich nach wie vor nur wenig bekannt. Wenn überhaupt, dann fanden und finden die Ereignisse zwischen November 1918 und April 1919 als kuriose Revolution von Schwabinger Schriftstellern, Träumern und verkrachten Weltverbesserern Eingang in die mediale Darstellung und öffentliche Wahrnehmung. Hinzu kommt, dass sich die meisten – auch fundierten – Abhandlungen auf die Hauptstadt München konzentrieren. Wenn auch die dortigen Ereignisse maßgebend für das Geschehen in Bayern waren, so blieben jedoch andere Teile Bayerns keinesfalls unberührt bzw. spielten ihrerseits eine Rolle bei Aufstieg und Niedergang der Revolution. Der vorliegende Text lenkt den Blick auf die bayerische Peripherie an Salzach und Inn, im Grenzgebiet zu Oberösterreich. Im Mittelpunkt stehen das bäuerlich geprägte Gebiet um das so genannte „Herz Bayerns“, den Wallfahrtsort Altötting, und die während des Ersten Weltkriegs industrialisierte Grenzstadt Burghausen.

Revolution und Freistaatsgründung

Wie in Österreich garte im benachbarten Bayern die Stimmung während des Krieges schon seit längerem. Die Lage der Bevölkerung, nicht nur in den Städten, wurde mit Dauer des Krieges immer schlechter. Es mangelte an Nahrung, Kohle, die Bauern stöhnten unter der Abgabepflicht, und die hohen Verluste an Soldaten demoralisierten die Menschen in der Heimat. Das Königshaus hatte bereits in den Jahrzehnten vor dem Krieg an Ansehen und Autorität eingebüßt. Nun wurde König Ludwig III. vorgeworfen, er liefere sein Land an die Preußen aus, die den mittlerweile verhassten Krieg begonnen hätten. Ende Jänner 1918 kam es in Bayern zu Streiks in den Rüstungsbetrieben. Einer der Anführer war der bis dahin wenig bekannte Journalist Kurt Eisner, ein gebürtiger Berliner und Mitbegründer der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) in München.¹

Am Nachmittag des 7. November, wenige Tage nach dem Kieler Matrosenaufstand und zwei Tage vor dem Beginn

des Umsturzes in Berlin, versammelten sich schließlich rund 50.000 Menschen zu einer Friedenskundgebung auf der Münchner Theresienwiese. Einer der Redner war der 52-jährige Eisner – „kein Bayer, sondern ein Urberliner; noch dazu Jude; noch dazu Literat – ein Bilderbuch-Intellektueller mit Bart und Brille und Böheme-Allüren“.² Während die Anhänger der Mehrheits-Sozialdemokratie (MSPD) – diese trat für Reformen und eine parlamentarische Monarchie ein – nach der Kundgebung nach Hause gingen, zog eine von Eisner geführte Menschenmenge von Kaserne zu Kaserne.³ Diesem Marsch, der in Oskar Maria Graf's im Jahr 1927 erschienenen Roman „Wir sind Gefangene“ so eindringlich beschrieben wird, schlossen sich die Soldaten der Kasernen an, und in der Nacht waren alle wichtigen Punkte Münchens besetzt.⁴ König Ludwig III. floh im Zuge dieser Ereignisse nach Schloss Wildenwart im Chiemgau und von dort schließlich nach Schloss Anif bei Salzburg, wo er seine Beamten, Offiziere und Soldaten am 13. November vom Treueeid entband. Damit war die über 700-jährige Herrschaft der Wittelsbacher zu Ende.⁵

Im Münchner Mathäserbräu bildete sich am Abend des 7. November ein Arbeiter- und Soldatenrat. Die Räte begaben sich anschließend in das Landtagsgebäude und konstituierten einen provisorischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat. Zu dessen Vorsitzendem wurde Kurt Eisner gewählt. In der Nacht von 7. auf 8. November 1918 beschloss der Rat einen von Eisner verfassten Aufruf, in dem es unter anderem hieß: „Bayern ist fortan ein Freistaat.“ Eine Volksregierung und Wahlen (auch für Frauen) wurden angekündigt, sozialistische Forderungen waren jedoch nicht enthalten.⁶

Mit der Republikgründung war München Berlin voraus. Sie fiel hier, wie Haffner betont, auch nicht wie in Berlin „von Anfang an in die Hände ihrer Feinde“, und „anders als im übrigen Reich war sie nicht das Werk führerloser Massen“.⁷ Eisner konnte schon am 8. November eine Regierung präsentieren. Er war jedoch gezwungen, eine Koalition mit der MSPD einzugehen, da der USPD Rückhalt und Organisation fehlten. Diese Regierung konnte mit der Einführung

des Achtstundentags, des Frauenwahlrechts und der Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht wichtige Maßnahmen setzen, sah sich jedoch großen Problemen wie der Demobilisierung des Heeres, der zerrütteten Wirtschaftslage und der miserablen Ernährungssituation gegenüber. Eisner veröffentlichte auch Dokumente, die die deutsche Kriegsschuld belegen sollten – eine Maßnahme, die ihn verstärkten Angriffen von rechten Kräften aussetzte.⁸

Von der Hauptstadt in die Peripherie

Nach den Vorgängen in der Hauptstadt kam es rasch zu einer Ausbreitung der Revolution auf weite Teile Bayerns. An vielen Orten entstanden Arbeiter- und Soldatenräte, die wiederum regionale Räte und über diese die Landesräte wählten. Eine Besonderheit dürften in Bayern die Bauernräte dargestellt haben, die sich ebenfalls vielerorts bildeten.⁹

In der jungen Industriestadt Burghausen an der Grenze zu Österreich erfuhr man relativ schnell von den Vorgängen in München. Am 9. November, einem Samstag, las die Bevölkerung im Morgenblatt den Aufruf, sich für 11 Uhr am Stadtplatz zu einer Sympathiekundgebung für die neue bayerische Regierung einzufinden. Die Stimmung gegenüber Krieg und König war auch in Burghausen schon seit längerem schlecht, vor allem bei den zahlreichen ArbeiterInnen der 1916 eröffneten Wacker-Werke – einem chemischen Betrieb, der vor allem für die deutsche U-Bootflotte produzierte und bei Kriegsende ca. 1.000 Beschäftigte zählte.¹⁰ Die ArbeiterInnen kamen zumeist aus anderen Teilen Bayerns, passten nicht in die traditionelle Politik und Gesellschaft einer katholisch-konservativ geprägten Kleinstadt und litten besonders unter einer prekären Wohnsituation und der schlechten Versorgungslage.¹¹

Über 1.100 Menschen nahmen an der Kundgebung am 9. November 1918 teil und verabschiedeten eine Resolution, die vor allem Forderungen der Arbeiterschaft beinhaltete, wie z.B. den Kampf gegen die Preistreiberei, eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung und Treue zur neuen Regierung.¹² Zwei Tage später bildete sich in Burghausen ein

Arbeiter- und Soldatenrat, dem aber auch Angehörige des Mittelstands und Angestellte angehörten. Der Rat übernahm vorübergehend die Amtsgeschäfte der Stadtregierung, und am Rathaus wurde eine rote Fahne aufgezogen. Diese Machtübernahme sollte jedoch nur von kurzer Dauer sein, denn am 26. November beschloss die bayerische Regierung, dass die Räte nur über beratende Funktionen verfügen sollten.¹³ Dies stellte eine erste Weichenstellung im Kampf um die Ausgestaltung des neuen politischen Systems in Bayern dar.

Ähnlich wie in Burghausen bzw. in ganz Bayern gründeten sich in anderen Gemeinden und Städten der Region Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, in Mühldorf am Inn und in Altötting etwa bereits am 10. November.¹⁴ In Altötting, im Unterschied zu Burghausen nur wenig industrialisiert, fand am 12. November auf dem Kapellplatz eine „freiheitliche Volksversammlung“ mit rund 800 Teilnehmern statt, bei der ein Soldatenrat aus München eine Rede hielt. Auch hier flatterte vom Rathaus die rote Fahne.¹⁵ In Neuötting gründete sich am 11. November ein „Soldaten- und Arbeiterrat Neuötting und Umgebung“ und wandte sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung. Darin heißt es unter anderem, dass der Rat zeigen wolle, „dass Soldaten und Arbeiter, die solange im Hintergrund gestanden, befähigt sind, positive Arbeit zum allgemeinen Wohle zu leisten“.¹⁶

Das Bezirksamt Altötting wies am 11. November 1918 alle Gemeindebehörden in ihrem Gebiet an, „auch unter dem neuen Volksstaate im Interesse der Erhaltung des Vaterlandes auf ihren Posten zu verharren und weiter zu arbeiten nach Massgabe der Weisungen der vorgesetzten Behörde aufgrund der bis jetzt noch in Kraft bestehenden Gesetze und Verordnungen unter weitgehendster Berücksichtigung des Arbeiter- und Soldatenrates (der Bezirke) Altötting bzw. Burghausen“.¹⁷

In der Folge bildeten sich auch in kleineren Gemeinden Arbeiter- und Soldatenräte, die zumindest ein Mitspracherecht in den kommunalen Gremien einforderten – vor allem auf dem Gebiet der Versorgung. Die Räte waren hauptsächlich in Fragen der öffentlichen Sicherheit, in der Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum, Elektrizität und Brennstoff und beim Kampf gegen Schleichhandel und Preistreiberei tätig. In Gemeinschaftsaktionen überprüften beispielsweise die Arbeiter- und Soldatenräte aus Burghausen und Altötting



Demonstration auf der Theresienwiese in München am 7. November 1918.

Lebensmittelbetriebe und Kantinen. Bei Fällen von Preistreibereien, Warenzurückhaltung und Schieberei kam es auch zu Beschlagnahmungen.¹⁸

Zur Unterstützung der Räte und um für den neuen Staat zu werben, entsandte der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat Redner aufs Land. So sprach z.B. am 17. November ein Redner aus München in Neuötting vor einer, mehrere hundert Personen zählenden Versammlung. Ein wichtiger Teil seiner Rede war ein Appell an die Landwirte, ihren Ablieferungspflichten nachzukommen. Die am 26. November erlassenen „Richtlinien für die Arbeiterräte“ schränkten deren Aufgaben wie erwähnt auf beratende Funktionen ein. In Hinsicht auf die Zusammensetzung bzw. Wählerschaft wurde festgelegt, dass die Arbeiterräte aus „Lohnarbeitern, Angestellten, Kleingewerbetreibenden und Angehörigen geistiger Berufe“ bestehen sollten.¹⁹

Die Schwäche der revolutionären Kräfte in ländlichen, landwirtschaftlich geprägten Gebieten zeigte sich jedoch auch im Landkreis Altötting. Es ist nicht bekannt, in wie vielen Orten sich im Herbst 1918 Arbeiterräte bildeten. Im Februar 1919 gab es jedenfalls in den 45 Gemeinden des rund 38.000 Einwohner zählenden Kreises nur zehn Arbeiterräte. Bauernräte existierten hingegen in allen Gemeinden. Obwohl sie sowohl landwirtschaftliche ArbeiterInnen als auch selbstständige Landwirte umfassten, waren sie „Stützen der BVP oder des Bauernbundes“.²⁰ Für die im November 1918 gegründete Bayerische Volkspartei (BVP) – eine Abspaltung der katholi-

schen Zentrumsparterie – „war die Gegnerschaft zur Revolution ein konstituierender Faktor ihrer Entstehung“.²¹ In dieser politischen Situation wurde der Arbeiter- und Soldatenrat Burghausen „zum revolutionären Zentrum des gesamten Landkreises Altötting“ und versuchte auch durch Agitationsarbeit Ausstrahlungs- und Überzeugungskraft im Umland herzustellen. Im Großen und Ganzen blieb er jedoch auf sich allein gestellt, während sich die BVP zum Sammelpunkt der Gegner der Revolution entwickelte und zunehmend Einfluss in den Bauernräten gewann.²²

Die Landtagswahl am 12. Januar 1919

Gegen Ende des Jahres 1918 wurde der Einfluss der Räte, die in manchen Orten zumindest zeitweise die Regierungsgewalt übernommen hatten, in Bayern allgemein zurückgedrängt. Die Stimmung verschlechterte sich zum Jahreswechsel 1918/19 massiv. Die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion gelang kaum, die Versorgung mit Kohle war schlecht und viele Menschen waren arbeitslos und hatten wenig zu essen. Die politische Auseinandersetzung verschärfte sich und Anfang Jänner kam es zu ersten Toten.²³ Unzufriedenheit mit der Regierung Eisner gab es sowohl im bürgerlichen wie im linken Lager.²⁴ Die bürgerliche Rechte setzte ihre Medienherrschaft ein, um Stimmung gegen die Revolution und die Regierung Eisner zu machen.²⁵ Vor allem der „jüdischstämmige“ Ministerpräsident wurde neben den Räten zum Hassobjekt der rechten



Kundgebung am Stadtplatz von Burghausen am 9. November 1918.

und konservativen Presse. Antisemitismus, Fremdenhass, Verschwörungstheorien und gezielte Falschmeldungen vermengten sich in den Medien und peitschten die Stimmung auf. Auf der anderen Seite wollten sich die Räte nicht mit ihrer Entmachtung abfinden, Eisner wurde von revolutionären Kreisen auch zunehmend als Kapitulant gegenüber MSPD und Bürgerlichen gesehen.²⁶

Die MSPD konnte sich mit ihrer Absicht, baldige Landtagswahlen auszurufen, durchsetzen. Sie wollte in der Folge eine Verfassung verabschieden und die revolutionäre Phase beenden – die Räte stellten für die MSPD nur eine vorübergehende Begleiterscheinung dar. Die Wahl am 12. Jänner 1919 brachte der MSPD starke Gewinne (33%) und eine Katastrophe für Eisners USPD (2,5%). Stärkste Kraft wurde die BVP (35%), die mit kleineren bürgerlichen Parteien die Mehrheit besaß.²⁷ Die junge KPD hatte sich nicht an den Wahlen beteiligt. Ein wichtiger Faktor für die schwere Niederlage der USPD war neben der Unzufriedenheit mit der Politik Eisners und der medialen Hetze auch das weitgehende Fehlen von Parteiorganisationen außerhalb der Großstädte.²⁸ Wie das Beispiel Burghausen zeigt, wurde in der Provinz zu diesem Zeitpunkt die Spaltung zwischen MSPD und USPD noch nicht in ihrer vollen Tragweite wahrgenommen. So kandidierte der Führer des Arbeiter- und Soldatenrats Max Ulrich noch für die MSPD und erreichte eine relative Mehrheit, die USPD erhielt selbst in einer linken Hochburg nur wenige Stimmen.²⁹ Im konservativ geprägten Landkreis Altötting fiel der Sieg der BVP noch deutlicher als im bayerischen Durchschnitt aus. Sie erhielt rund 48 Prozent der Stim-

men, die MSPD nur rund 19 Prozent und die USPD nur 0,44 Prozent.³⁰

Die Ermordung Eisners

In ganz Deutschland befanden sich Anfang 1919 die revolutionären Kräfte auf dem Rückzug bzw. hatte außerhalb Bayerns ihre teilweise auch gewaltsame Niederschlagung begonnen. Am 15. Jänner 1919 wurden Rosa Luxemburg³¹ und Karl Liebknecht ermordet. Die Wahlen zur Nationalversammlung stärkten wie die bayerischen Landtagswahlen die Gegner der Revolution. In Zeitungen und Flugblättern wurde gegen die „Judenwirtschaft“ in der Regierung und den „Semiten“ und „Bolschewiken“ Eisner gehetzt – manche riefen auch zum „Tyrannenmord“ auf.³² In der aufgeheizten Stimmung wollte Eisner, der eine Kombination aus parlamentarischem System und Räteherrschaft anstrebte, zumindest Teile der Revolution retten. Er beabsichtigte an der Spitze der Räte zu bleiben, aber durch seinen Rücktritt als Ministerpräsident das parlamentarische Feld der MSPD zu überlassen. Die Räte sollten nach Eisners Willen in der neuen Verfassung verankert werden. Am 21. Februar 1919 machte sich der Ministerpräsident auf den Weg, vor dem neu gewählten Landtag seinen Rücktritt zu erklären. Auf dem Weg dorthin wurde er von Anton Graf Arco auf Valley, einem aus St. Martin im Innkreis (OÖ) stammenden, rechtsradikalen und monarchistischen Offizier – seine Mutter stammte jedoch aus einer jüdischen Familie – auf offener Straße ermordet.³³

Nach dem Mord überschlugen sich die Ereignisse. Der revolutionäre Arbeiter Alois Lindner³⁴ erschoss ein paar Stunden später im Landtag zwei Menschen

und verletzte den Minister Erhard Auer (MSPD) schwer, da er diesem die Mitschuld an Eisners Tod gab. Der Landtag lief daraufhin auseinander, eine Regierung gab es nicht mehr. Der Generalstreik wurde ausgerufen und der Belagerungszustand verhängt.³⁵

Der vor kurzem noch als politisch gescheitert angesehene Kurt Eisner wurde für viele zum „Märtyrer der Revolution“ und seine Popularität stieg vor allem bei den ArbeiterInnen stark an. Sie sahen den Anschlag auf Eisner als Teil eines reaktionären Komplotts, als Attentat auf die Revolution an sich. Zu Eisners Begräbnis in München kamen am 26. Februar über 100.000 Menschen. Der Ermordete wurde zu einer Integrationsfigur der Linken und der Ruf nach Rache war nicht nur in der Hauptstadt zu vernehmen.³⁶

Die zweite Revolution

Nach diesen Ereignissen erlebte die Rätebewegung einen Aufschwung. Landtag und Regierung waren nicht mehr handlungsfähig – „die einzige einigermaßen intakte Autorität, die in dem Chaos übriggeblieben war, waren die Räte“.³⁷ Auch in Burghausen konstituierte sich der Arbeiterrat am 24. Februar neu. Seine Zusammensetzung spiegelte die veränderte Stimmung wider, prononciert linke Räte waren stärker vertreten. Der Vorsitzende Max Ulrich sah in seiner Rede „die verleumderische gemeine Hetze der klerikalen kapitalistischen Presse in Provinz- und Großstadtblättern“ als Ursache des Mordes am Ministerpräsidenten. Zwei Tage später hielt man auf dem Stadtplatz eine Gedenkfeier für Eisner ab. Stadtverwaltung und die städtischen Kollegien wurden zwar im Amt belassen, der Arbeiter- und Soldatenrat schlug in der Folge jedoch eine härtere Gangart ihnen gegenüber ein und übernahm auch immer wieder Verwaltungsaufgaben.³⁸

In Neuötting fand die Neuwahl des Arbeiterrates am 27. Februar statt. Fabriksarbeiter im Sinne eines Proletariats gab es nur wenige, und so bestand der Arbeiterrat vor allem aus selbstständigen Handwerkern und einem Gemeindebediensteten.³⁹ Auch in Altötting und anderen Orten führten die Ereignisse des Februars „zum Wiedererwachen der großenteils bereits bedeutungslos gewordenen Arbeiterräte“.⁴⁰ Sie wurden vor allem auf dem Gebiet der Versorgung und der Verhinderung des Schleichhandels tätig. Der Arbeiterrat Neuötting engagierte sich bei der Bekämpfung der Wohnungsnot und stellte erfolgreich den

Antrag, dass sämtliche Wohnräume kontrolliert und leerstehender Wohnraum an Familien mit Bedarf zugewiesen werden solle. Beim Bezirksamt wurde ein Beirat für Wohnungsfürsorge gebildet.⁴¹

Ausrufung der Räterepublik

Nach dem 21. Februar 1919 bildete sich in München ein Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte mit Ernst Niekisch als Vorsitzendem. Mitglieder von MSPD, Bauernbund und Gewerkschaften erweiterten das Gremium. Die Situation in der Landeshauptstadt konnte mühsam unter Kontrolle gebracht werden, der Belagerungszustand wurde verhängt, die bürgerliche Presse unter Zensur gestellt. Man nahm auch Geiseln, die aber bald wieder freikamen. An Arbeiter wurden Waffen ausgegeben.⁴²

Die Auseinandersetzung innerhalb der Räte um die Gestaltung des künftigen Regierungssystems trat nun immer stärker zutage. Während der Zentralrat und die Mehrheit der Räte außerhalb Münchens für den Parlamentarismus eintraten, forderten der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat und verschiedene revolutionäre Gruppen die Ausrufung einer Räterepublik. Von 25. Februar bis 8. März tagten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude. Als Vertreter der Burghäuser Räte befand sich Max Ulrich unter ihnen. Der Antrag des Münchner „Revolutionären Arbeiterrats“ auf Ausrufung einer Räterepublik wurde am 28. Februar mit großer Mehrheit abgelehnt. Stattdessen befürwortete die Mehrheit einen Kompromiss: Eine künftige Regierung solle auf das Vertrauen des Kongresses angewiesen sein. Es wurde auch die Einberufung des Landtags in Aussicht gestellt.⁴³

Der Landtag versuchte währenddessen von Nürnberg und Bamberg aus, eine Regierung einzusetzen, was schließlich Mitte März nach einer Einigung von MSPD und den bürgerlichen Parteien auch gelang. Der Regierung unter Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann (MSPD) gehörten Mitglieder der MSPD, der USPD und des Bauernbunds an. Umfangreiche Ermächtigungs- und Notgesetze gaben ihr formal viel Macht, in der Realität fehlte der Regierung aber der politische Rückhalt.⁴⁴ Nach der Verabschiedung einer Übergangsverfassung, die ein parlamentarisch-repräsentatives System vorsah, vertagte sich der Landtag auf unbestimmte Zeit.⁴⁵

Der Druck aus den Räten und von der Straße nahm nicht zuletzt auch aufgrund

der schlechten sozialen und wirtschaftlichen Situation in der Zwischenzeit immer mehr zu. Hinzu kam die begründete Befürchtung, dass die neue Verfassung das Ende der Revolution bedeuten würde.⁴⁶ Die Forderung nach einer Räterepublik wurde in vielen Massenversammlungen, vor allem in den größeren Städten, immer massiver vorgebracht.⁴⁷ Die Nachricht von der Ausrufung der ungarischen Räterepublik am 21. März 1919 schlug schließlich ein „wie eine Bombe“.⁴⁸ In Versammlungen wurden die sofortige Proklamation der Räterepublik und ein Bündnis mit den Räterepubliken in Ungarn und Russland gefordert.⁴⁹ Die revolutionäre Bewegung durchlief im Frühjahr 1919 weltweit einen Aufschwung. Das ungarische Beispiel lockte in Bayern und „auch Österreich schien sich auf dem Weg zu einer Räterepublik zu befinden. Man träumte davon, über Österreich, Ungarn und Rumänien in unmittelbaren Zusammenhang mit der Sowjetunion zu gelangen.“⁵⁰

Es konnte aber innerhalb der linken Parteien kein Konsens über die Ausrufung gefunden werden, da die KPD die Räterepublik zu diesem Zeitpunkt ablehnte.⁵¹ Die bayerische KPD unter Eugen Levine⁵² vermutete dahinter eine Provokation der MSPD oder auch opportunistische Motive, um den Kontakt zu den revolutionären ArbeiterInnen nicht zu verlieren. Außerdem kritisierte die KPD die fehlende Organisation der revolutionären Kräfte und die mangelnde politische Schulung.⁵³

Das Beispiel von Max Ulrich – Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats von Burghausen und der lokalen MSPD-Gruppe – zeigt, dass die Frage von Ablehnung oder Befürwortung von Räten und Räterepublik quer durch die MSPD verlief. Die Spaltung der Arbeiterbewegung war – zumindest in Bayern – zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig vollzogen. Ulrich nahm im Frühjahr 1919 zunehmend prononciertere Positionen ein und legte beim Gautag der MSPD Südbayerns in München am 5./6. April 1919 eine Resolution vor, dass diese „unter allen Umständen auf dem Boden der Räterepublik“ stehe. In Burghausen versuchte Ulrich eine Parteispaltung zu verhindern und bedauerte die Bildung einer USPD-Ortsgruppe Ende März 1919.⁵⁴

In der Nacht von 6. auf 7. April 1919 rief der „revolutionäre Zentralrat Baierns“ schließlich mit Zustimmung von Vertretern der MSPD, der USPD, der Gewerkschaften und des „Revolutionären Arbeiterrates“ die „Baierische

Räterepublik“ aus.⁵⁵ Die Regierung Hoffmann entschied sich im letzten Moment gegen die Proklamation und wich nach Nürnberg und letzten Endes nach Bamberg aus. Führende Positionen in dieser, später so bezeichneten Ersten Räterepublik nahmen Schriftsteller und Künstler wie Ernst Toller, Gustav Landauer und Erich Mühsam ein.⁵⁶ Am 10. April schickte die Führung der Räterepublik ein Telegramm mit der Information über die Ausrufung der Räterepublik nach Moskau.⁵⁷

Die KPD lehnte die Räterepublik als „Scheineräterepublik“ ab und kritisierte die schwärmerischen, oftmals an Anarchismus und „ethischem Sozialismus“ orientierten Führer, nicht wenige von ihnen Schriftsteller. Es waren auch Verfechter eines „Freigeldes“ wie Silvio Gesell darunter. Von Seiten der KPD wurde auch die Untätigkeit der Räteregierung angeprangert, die jedoch eine Unzahl an Proklamationen, Aufrufen und Flugblättern verfasste.⁵⁸ Tatsächlich konnte die Flut an Erlassen und Proklamationen wenig an den drängenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen ändern. Es fehlte ein klares Programm, die Entscheidungen waren oft widersprüchlich, die Führung ihren Aufgaben bei weitem nicht gewachsen und die Machtbasis schwach. Hinzu kam, dass die Regierung in Bamberg zunehmend erfolgreich versuchte, Südbayern von Kohle, Lebensmitteln und Geldzahlungen abzuschneiden.⁵⁹

Anfänglich waren zahlreiche Orte und Städte der Proklamation der Räterepublik gefolgt und hatten sich angeschlossen. Die meisten lokalen Räterepubliken waren aber von nur sehr kurzer Dauer.⁶⁰ Das Gebiet der Räterepublik beschränkte sich in der Folge auf Südbayern, von Augsburg über München nach Rosenheim. Vor allem nördlich der Donau formierte sich schon früh der Widerstand durch die Bamberger Regierung.⁶¹

Am 9. April erfolgte ein Aufruf des Bezirksarbeiterrates Altötting in der *Freien Volksstimme*, gezeichnet von Max Ulrich. Darin wurde festgehalten, dass die gesamte Gewalt in den Händen der Räte liege, die Beamten aber im Dienst verbleiben und den Räten verantwortlich sein würden. Außerdem wurde für die Städte Alt- und Neuötting und Burghausen ein Revolutionstribunal eingerichtet, die Pressezensur und das Standrecht verhängt. Zudem drohte der Arbeiterrat an, die Überschreitung von Höchstpreisen „auf das Schärfste“ zu bestrafen. Am selben Tag sprach Ulrich als Vorsitzender

des Bezirksarbeiterrates vom Balkon des Altöttinger Rathauses zu rund 400 Personen. Ulrich, ein Vertreter des Rätegedankens und des linken Flügels der Sozialdemokratie, begründete die Ausrufung der Räterepublik auch damit, „die revolutionären Massen von einer Zuwendung zu den Kommunisten abzuhalten“.⁶²

Die Zweite Räterepublik

Schon länger kursierten Gerüchte über eine geplante bewaffnete Aktion gegen die Räterepublik. Nachdem solche Pläne aufgedeckt worden waren, ließ der Zentralrat vorübergehend Geiseln nehmen. Die Stimmung war angespannt. In der Nacht auf den 13. April (Palmsonntag) besetzte die regierungstreue „Republikanische Schutztruppe“ wichtige Positionen in München und begann mit der Verhaftung von Führungspersonen der Räterepublik. Die meisten Soldatenräte verweigerten aber eine Unterstützung, und die Putschisten mussten sich von außerhalb Hilfe holen. Es gab Schießereien, mehrere tausend Menschen sammelten sich zur Unterstützung der Räterepublik auf der Theresienwiese. In dieser Situation entschied sich die bis dahin abwartende KPD, den Kampf aufzunehmen und rief zum bewaffneten Widerstand auf. Die „Republikanische Schutztruppe“ wurde zum Bahnhof zurückgedrängt und musste letztendlich fliehen. Über 20 Tote und 80 Verletzte waren die Bilanz des Palmsonntags.⁶³

Die Betriebs- und Kasernenräte erklärten noch während der Kämpfe um den Hauptbahnhof den Revolutionären Zentralrat für aufgelöst. Die gesamte Gewalt wurde einem aus Kommunisten, Unabhängigen und Sozialdemokraten bestehenden, 15-köpfigen Aktionsausschuss übertragen, der einen Vollzugsrat mit dem Kommunisten Eugen Leviné an der Spitze wählte. Auch wenn man sich über die ungünstigen Kräfteverhältnisse wenige Illusionen machte, hoffte man doch, von Bayern aus der Entwicklung in Deutschland noch eine andere Richtung geben zu können. Levinés Kalkül war, „dass wir uns vielleicht so lange halten könnten, bis anderswo auch die Räterepublik ausgerufen würde, und dass die Regierung Hoffmann davon absehen werde anzugreifen“.⁶⁴

Die revolutionäre Krise in Mitteleuropa war sicherlich im April 1919 auf ihrem Höhepunkt. In Österreich existierte eine starke Rätebewegung, es kam zu zahlreichen Demonstrationen in Städten und Industriegebieten, und die KPÖ forderte die Ausrufung einer Räterepublik



© Stadearchiv Mühldorf/Flm

Besetzung von Mühldorf am Inn durch die Rote Armee am 25. April 1919.

wie in Ungarn und Bayern. Am 17. April 1919, dem Gründonnerstag, gab es in Wien schwere Zusammenstöße mit der Exekutive, die mehrere Tote forderten.⁶⁵ Auch darüber hinaus schien die Lage günstig – in Russland setzte sich die Rote Armee zunehmend durch, und in Italien kam es zu Aufständen. Die KPD – ihre Zentrale in Berlin war gegen die Übernahme der Regierungsgewalt in München – versuchte nun im Gegensatz zur von ihr als „Scheinräterepublik“ geschmähten Ersten Räterepublik energische Maßnahmen zu setzen.⁶⁶ Am 14. April wurde der Generalstreik ausgerufen, bürgerliche Zeitungen durften nicht mehr erscheinen, Banken, Großbetriebe und die Presse wollte man sozialisieren, das Bürgertum sollte entwaffnet und eine Rote Armee aufgebaut werden.⁶⁷

Am 9. April, zwei Tage nach der Ausrufung der Räterepublik, war die Bildung einer Roten Armee beschlossen worden. Gestalt nahm sie jedoch erst nach dem „Palmsonntagsputsch“ am 13. April an. Die Rote Armee rekrutierte sich vor allem aus demobilisierten Soldaten und Mitgliedern der Arbeiterwehren, die sich auf Betriebsebene gebildet hatten. Auch ehemalige russische und italienische Kriegsgefangene wurden aufgenommen. Die rund 10.000 Mitglieder umfassende Rote Armee litt an einer hohen Fluktuation und geringer Stabilität.⁶⁸

Ein zweiter Versuch regierungstreuer bayerischer Truppen, München einzunehmen, scheiterte am 16. April. Die Rote Armee unter ihrem Kommandeur Ernst Toller schlug die „Weißen“ zurück und besetzte Dachau. Nun gab die Regierung Hoffmann in Bamberg dem Drängen aus Berlin nach und rief Reichswehrminister Gustav Noske zu Hilfe, der

rund 20.000 Mann starke Reichswehreinheiten und Freikorps in Bewegung setzte.⁶⁹ Diese schlossen zusammen mit bayerischen Freikorps die Gebiete ein, die die Räterepublik noch hielt, und es wurde „auf Landesebene dasselbe Muster durchgespielt wie auf Reichsebene: der Bund mit antirevolutionären, auch antidemokratischen rechten Kräften, um der Linken Herr zu werden – auch 1919 wurden die Fragen der Zeit mit Blut und Eisen entschieden.“⁷⁰

Das Ende der Räterepublik

Im Landkreis Altötting verhielt man sich angesichts der Ereignisse abwartend. Die Räte gingen zwar auf Distanz zu München, die Bamberger Regierung erschien ihnen aber ebenfalls nicht attraktiv. Das Bürgertum konnte sich hingegen noch nicht offen auf die Seite der Bamberger Regierung stellen, da deren Truppen noch weit entfernt waren und der Ausgang des Kampfes ungewiss.⁷¹ Der Arbeiterrat Burghausen trat am 20. April zurück. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass „sich die politische Lage immer deutlicher aus der ursprünglich beschlossenen sozialistischen Räterepublik in offenen Kommunismus verdichtet.“ Am 26. April bildete sich in öffentlicher Versammlung ein neuer Arbeiterrat. Prononcierte Linke wie Max Ulrich waren nicht mehr vertreten, hingegen wählte man zwei Vertreter des ansässigen Gewerbes.⁷²

Eine letzte große Machtdemonstration der Räterepublik gab es am 22. April, dem „roten Tag von München“. Der neuntägige Generalstreik endete mit einer Truppenschau, an der tausende bewaffneten Rotarmisten teilnahmen. Im Hintergrund tobte eine Auseinandersetzung

zwischen jener Gruppe um Ernst Toller, die Verhandlungen suchte und dem Flügel um Rudolf Egelhofer, der auf militärische Stärke setzte.⁷³ Trotz anfänglicher Erfolge geriet die Räterepublik zusehends unter Druck. Regierungstruppen und Freikorps marschierten von allen Seiten Richtung München, manche von ihnen bereits mit dem Hakenkreuz auf Helm und Fahrzeugen. Unter ihnen befanden sich auch spätere NS-Größen wie Ernst Röhm oder Rudolf Hess.⁷⁴

Die Blockade traf München und andere von den Revolutionären gehaltene Gebiete hart. Die Zugverbindungen, der Nachrichtenverkehr und die Lebensmittelzufuhr waren gekappt worden.⁷⁵ Die Führung der Räterepublik reagierte mit Beschlagnahmungen von Bankvermögen und Nahrungsmittelvorräten, „Verzweiflungsmaßnahmen, aus Wut geboren und Wut erzeugend“.⁷⁶

Die Bamberger Regierung entfachte Mitte April einen flächendeckenden Propagandakrieg. In ihren Verlautbarungen war zu lesen, in München rase „der russische Terror“, „entfesselt von landfremden Elementen“, die „Kommunisierung der Frauen“ sei beschlossen worden und die Bürger würden in Massen erschossen werden.⁷⁷ Es wurde über angeblich geplünderte Klöster, über ermordete Priester und die Abschaffung der Ehe berichtet. Eine wichtige propagandistische Rolle spielte der jüdische Bolschewist – „Antikommunismus und Antisemitismus“ wurden „in schnödesten Weise“ verbunden.⁷⁸

Die Rote Armee unternahm währenddessen Vorstöße ins Umland, um den Aufmarsch der feindlichen Truppen zu erschweren. So besetzte am 25. April eine der Abteilungen der Roten Armee den Bahnknotenpunkt Mühldorf am Inn. Über Mühldorf waren zuvor Waffentransporte aus Passau zu den Freikorps und Bürgerwehren in den südostbayerischen Raum um Wasserburg und Rosenheim gelangt.⁷⁹ Rund die Hälfte der 80 Rotgardisten rückte in der Nacht auf den 26. April in Altötting ein und besetzte dort das Rathaus. Sie ließen Plakate drucken, auf denen die Ablieferung aller Waffen gefordert und die Verhängung des Belagerungszustands über Alt- und Neuötting verkündet wurde. Am Abend des 26. April zogen sie sich jedoch wieder zurück, da ein Freikorps aus Passau im Anmarsch war.⁸⁰

Die erwähnten Propagandabilder dürften auch in kirchlichen Kreisen in Altötting zu großer Angst vor dem Vorstoß der Roten Armee geführt haben. Es gingen Gerüchte um, die „gottlosen Sparta-

kisten“ könnten die Gnadenkapelle – das symbolhafte Zentrum des Wallfahrtsorts – plündern. Der Stadtpfarrer flüchtete daher zu Fuß mit der berühmten schwarzen Muttergottes nach Passau. Die Rotgardisten beachteten jedoch die Kapelle nicht weiter.⁸¹

Die am 27. April in Altötting einmarschierenden „Weißen“ stießen auf Schwierigkeiten. Revolutionäre Arbeiter forderten ihren Abzug und der Magistrat fasste einen Neutralitätsbeschluss. Weder „Rote“ noch „Weiße“ würden in der Stadt geduldet. In der Folge zogen sich die „Weißen“ bei Neuötting auf die nördliche Innseite zurück. Die Rote Armee besetzte am selben Tag erneut Altötting, am 28. April auch Neuötting. Es kam zu Schusswechseln mit dem Freikorps am nördlichen Innufer, dabei gab es mehrere Verletzte.⁸² Der Arbeitererrat von Burghausen erklärte in diesen Tagen, dass sich die Rote Armee von der Arbeiterschaft keine Unterstützung erwarten dürfe. Es gibt Hinweise, dass zumindest einzelne Arbeiter tätig wurden und auch selbst Waffen aus München holen wollten.⁸³ Am 28. April zogen sich die Rotgardisten zurück. Am gleichen Tag trat der Neuöttinger Arbeiterrat zurück. Altötting wurde am selben Tag wieder von einem Freikorps besetzt.⁸⁴

In den letzten Apriltagen schloss sich der Ring um München. Der Kampf gegen einen an Zahl und Ausrüstung weit überlegenen Gegner war für die Rote Armee nicht mehr zu gewinnen.⁸⁵ Als Nachrichten über die Misshandlungen und Ermordungen von gefangenen Rotarmisten und Sanitätern in München eintrafen, entschloss sich am 30. April die Rote Garde im Luitpold-Gymnasium, acht Häftlinge, darunter Mitglieder der rechtsradikalen Thule-Gesellschaft, und zwei gefangene Weißgardisten zu erschießen.⁸⁶ Dieser „einzige Akt wirklichen Terrors, der der deutschen Revolution nachzuweisen ist“,⁸⁷ wurde von der Propaganda der Freikorps und Regierungstruppen „massiv überzeichnet“ und wirkte noch lange in der Wahrnehmung von Revolution und Räterepublik nach.⁸⁸

Am 27. April trat der Aktionsausschuss unter Leviné zurück, da sich die Befürworter von Verhandlungen durchgesetzt hatten. Zu diesen sollte es jedoch nicht kommen, auch wenn keine Kommunisten mehr dem neuen Aktionsausschuss angehörten. Die Rote Armee hingegen versuchte, die Verteidigung von München zu organisieren.⁸⁹ Eine planmäßige Gegenwehr kam nicht mehr zustande, Verhandlungsangebote wurden

von der Bamberger Regierung abgelehnt. Beim Einmarsch in München am 1. und 2. Mai kam es zum Teil noch zu heftigen Kämpfen, die erst am 8. Mai endgültig beendet waren. Eine weitaus höhere Opferzahl als die Kämpfe forderten die Morde und Übergriffe durch die Freikorps und Regierungstruppen. Die offizielle Gesamtzahl der Opfer lag bei rund 560 Personen, neuere Schätzungen gehen von insgesamt rund 1.200 Opfern aus.⁹⁰ „Die Soldaten befanden sich in einer regelrechten Pogromstimmung“ und auch zahlreiche Führungspersonen der Rätebewegung wurden misshandelt und ermordet. Ein Spitzelwesen blühte auf, tausende Standgerichtsverfahren fanden in den nächsten Monaten unter den Bedingungen einer Militärdiktatur statt. Eugen Leviné wurde zum Tod verurteilt und am 5. Juni 1919 hingerichtet.⁹¹

In Burghausen kam es Anfang Mai – die Stadt war noch unbesetzt – in der Frage der Anerkennung der Bamberger Regierung zu einem Bruch in der Sozialdemokratie. Max Ulrich bewirkte den Austritt der lokalen Parteiorganisation aus der MSPD. Die Bildung einer örtlichen Bürgerwehr bzw. eines Freikorps wurde mit Rücksicht auf die Stimmung in der Arbeiterschaft unterlassen. Am 31. Mai 1919 besetzte jedoch ein Teil des Freikorps unter Konstantin Hierl Burghausen. Dieses befand sich auf einem mehrwöchigen Zug zur „Wiederherstellung der Ordnung“ in Augsburg, im Allgäu, im Inn- und Salzachviertel. Es war die letzte Aktion eines Freikorps. In der Folge kam es hier wie andernorts zu Verhaftungen, u.a. von Ulrich, was am 6. Juni zu einem Solidaritätsstreik der Arbeiter der Wacker-Werke führte. Nach der Wiederaufnahme der Arbeit zog das Freikorps am 8. Juni ab.⁹²

Die organisatorische Spaltung der Arbeiterschaft wurde infolge der Niederschlagung von Revolution und Räterepublik auch in Burghausen vollzogen. Max Ulrich engagierte sich nach seiner Freilassung aus der Haft für die USPD und konnte ca. die Hälfte der sozialdemokratischen Ortsgruppe für den Übertritt gewinnen, die andere Hälfte gründete eine Gruppe der MSPD. Im Juni 1919 entstand die Ortsgruppe der KPD, die in etwa dieselbe Stärke, wie die anderen beiden Parteien erlangen sollte.⁹³

Mit der brutalen Niederschlagung der Räterepublik endete auch die zuvor legendäre „Liberalitas Bavariae“,⁹⁴ die früher zahlreiche Literaten, Künstler und Exilanten vor allem nach München gelockt hatte. Bayern entwickelte sich

nun zur „Ordnungszelle“ Deutschlands⁹⁵ und einem Sammelbecken für rechte Gruppierungen. Gegenrevolutionäre übernahmen wichtige Positionen in Behörden und Exekutive. Freikorps und andere rechte bewaffnete Verbände wurden „nicht nur geduldet, sondern aktiv gefördert“.⁹⁶ In München begann im Jahr 1919 auch die politische Laufbahn des Gefreiten aus Braunau. Der Reichswehrspitzel, der Kameraden nach der Niederschlagung der Räterepublik denunziert hatte,⁹⁷ sollte München später zur „Hauptstadt der Bewegung“ erheben.

Anmerkungen:

- 1/ Renate Maier: Der Weg zur Revolution, in: Revolution! Bayern 1918/19. Augsburg 2008 (Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Bd. 37), S. 5–11.
- 2/ Sebastian Haffner: Die deutsche Revolution 1918/1919. München 1979, S. 169.
- 3/ Stefan Schnupp: Revolution und Regierung Eisner, in: Revolution!, S. 12–18, hier S. 12f.
- 4/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 170.
- 5/ Maier: Der Weg zur Revolution, S. 5.
- 6/ Hans Beyer, Die Revolution in Bayern 1918–1919. Berlin 1988, S. 16. In den Dokumenten und der Literatur findet sich auch oftmals der Begriff „Volksstaat“.
- 7/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 169.
- 8/ Schnupp: Revolution, S. 15.
- 9/ Ebd., S. 14.
- 10/ Wacker Chemie AG, München (Hg.): Menschen – Märkte – Moleküle. Die Erfolgsformel Wacker Chemie 1914–2014. München 2014, S. 63.
- 11/ Ulrich Linse: Gemeinde im Wandel. Burghausen 1971 (Burghausener Geschichtsblätter, 31. Folge), S. 12–24.
- 12/ Ebd., S. 25f.
- 13/ Schnupp: Revolution, S. 15f.
- 14/ Eduard Baumann: Als vom Rathaus die rote Fahne flatterte, in: Oettinger Land. Eine heimatkundliche Schriftenreihe für den gesamten Landkreis Altötting, Bd. 16 (1996), S. 106–119, hier S. 106.
- 15/ Ebd., S. 109.
- 16/ Zit. nach Renate Heinrich: Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat Neuötting und Umgebung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, in: Oettinger Land. Eine heimatkundliche Schriftenreihe für den gesamten Landkreis Altötting, Bd. 37 (2017), S. 247–267, hier S. 252f.
- 17/ Ebd.
- 18/ Baumann: Rathaus, S. 109.
- 19/ Heinrich: Neuötting, S. 258 und 260.
- 20/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 41.
- 21/ Winfried Becker: Bayerische Volkspartei (BVP), 1918–1933, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische Volkspartei (BVP), 1918–1933 [7.3.2019].
- 22/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 40–43.
- 23/ Schnupp: Revolution, S. 17.
- 24/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 40f.
- 25/ Schnupp: Revolution, S. 17.
- 26/ Rudolf Herz/Dirk Halbrodt: Revolution und Fotografie. München 1918/19. Berlin 1988, S. 29–31.
- 27/ Schnupp: Revolution, S. 14 und 16.
- 28/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 40.
- 29/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 37.
- 30/ Baumann: Rathaus, S. 110.
- 31/ Für die am 20. Jänner 1919 in einer Altöttinger Zeitung zu findende Angabe, Rosa Luxemburg habe sich zum Schutz vor einer Verhaftung einige Zeit in Altötting, „im ‚schwärzesten Winkel‘ von ganz Deutschland“ (zit. nach Baumann: Rathaus, S. 112) versteckt gehalten, gibt es keine Bestätigung in anderen Quellen.
- 32/ Friedrich Hitzer: Anton Graf Arco. Das Attentat auf Kurt Eisner und die Schüsse im Landtag. München 1988, S. 27f.
- 33/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 175f.
- 34/ Zur Alois Lindners siehe: Norman Dankerl: Alois Lindner. Das Leben eines bayerischen Abenteurers und Revolutionärs, Viechtach 2007. Er emigrierte später in die Sowjetunion und kämpfte in der Roten Armee. 1943 verliert sich seine Spur (ebd., S. 9–11).
- 35/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 177.
- 36/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 115f.
- 37/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 177.
- 38/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 32f. und 38.
- 39/ Heinrich: Neuötting, S. 263.
- 40/ Baumann: Rathaus, S. 113.
- 41/ Heinrich: Neuötting, S. 264.
- 42/ Markus Schmalzl: Die zweite Revolution: Parlamentarismus oder Räterepublik, in: Revolution!, S. 19–24, hier S. 19–22.
- 43/ Ebd., S. 23.
- 44/ Bernhard Grau: Revolution, 1918/1919, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Revolution,_1918/1919 [1.3.2019].
- 45/ Florian Schurli: Die erste Räterepublik, in: Revolution!, S. 25–30, hier S. 25.
- 46/ Ebd., S. 25f.
- 47/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 71f.
- 48/ Erich Mühsam zit. nach: Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 35f.
- 49/ Schmalzl: Revolution, S. 24.
- 50/ Ernst Niekisch zit. nach: Beyer: Revolution in Bayern, S. 71.
- 51/ Schurli: Räterepublik, S. 27.
- 52/ Zur Biografie Eugen Leviné siehe: Christian Dietrich: Eugen Leviné. „Ich fühle russisch und denke jüdisch“. Berlin 2017.
- 53/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 36.
- 54/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 39.
- 55/ Mit der Schreibweise „Baiern“ wollte man wieder zur alten Schreibweise zurückkehren. Das „y“ in Bayern war erst von Ludwig I. eingeführt worden.
- 56/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 36.
- 57/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 124.
- 58/ Ebd., S. 84–92.
- 59/ Schurli: Räterepublik, S. 30.
- 60/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 37.
- 61/ Schurli: Räterepublik, S. 29.
- 62/ Baumann: Rathaus, S. 110 und 114.
- 63/ Friederike Hellerer: Die kommunistische Räterepublik, in: Revolution!, S. 31–35, hier S. 31–34.
- 64/ Zit. nach: Beyer: Revolution in Bayern, S. 109f.
- 65/ Die Kommunistische Partei Österreichs. Beiträge zu ihrer Geschichte und Politik, Wien ²1989, S. 53.
- 66/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 105–108.
- 67/ Hellerer: Räterepublik, S. 34.
- 68/ Bernhard Grau: Rote Armee, 1919, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rote Armee, 1919 [1.3.2019].
- 69/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 182.
- 70/ Gabriele Neumeier-Sato: Die Regierung Hoffmann, in: Revolution!, S. 36–42, hier S. 42.
- 71/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 52f.
- 72/ Ebd., S. 34.
- 73/ Hellerer: Räterepublik, S. 35.
- 74/ Bruno Thoß: Freikorps Epp, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Freikorps_Epp [1.3.2019].
- 75/ Neumeier-Sato: Regierung Hoffmann, S. 42.
- 76/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 182.
- 77/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 138.
- 78/ Beyer: Revolution in Bayern, S. 124f.
- 79/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 53.
- 80/ Baumann: Rathaus, S. 115.
- 81/ Flucht und „triumphale Rückkehr“ nach der Niederschlagung der Räterepublik werden in folgender Broschüre geschildert: Das Gnadenbild U. L. Frau von Altötting auf der Flucht und im Triumphzug. Erzählt nach Mitteilungen Beteiligter vom Bruder Marianus. Altötting 1919.
- 82/ Baumann: Rathaus, S. 116.
- 83/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 53f.
- 84/ Baumann: Rathaus, S. 116f.; Heinrich: Neuötting, S. 264.
- 85/ Neumeier-Sato: Regierung Hoffmann, S. 42.
- 86/ Hellerer: Räterepublik, S. 35; Beyer: Revolution in Bayern, S. 143.
- 87/ Haffner: Die deutsche Revolution, S. 182.
- 88/ Bernhard Grau: Roter Terror, 1919, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Roter Terror, 1919 [1.3.2019].
- 89/ Hellerer: Räterepublik, S. 35.
- 90/ Nora Kapfer: Bürgerkrieg und Niederschlagung der Rätebewegung in München, in: Revolution!, S. 43–47, hier S. 46.
- 91/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 30f. und 41.
- 92/ Linse: Gemeinde im Wandel, S. 55–57.
- 93/ Ebd., S. 60.
- 94/ Hitzer: Anton Graf Arco, S. 8.
- 95/ Karl-Ulrich Gelberg/Ellen Latzin: Ordnungszelle Bayern, in: www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Ordnungszelle_Bayern [1.3.2019].
- 96/ Claudia Kleylein: Revolution und Räterepublik – Nachwirkung und Mythos, in: Revolution!, S. 48–53, hier S. 51.
- 97/ Herz/Halbrodt: Fotografie, S. 42.